Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uh Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Sonntag den 30 April 1882. Nr. 201.

Deutschland.

Berlin, 29. April. Dem Bericht der Herrenhauskommission über die kirchenpolitische Vorlage entnehmen wir die Ausführungen des Herrn Justizminister zum Art. 2 (Bischofsparagraphen) betreffs des Begnadigungsrechts. Der Herr Justizminister führte Folgendes aus:

„Der Art. 2 sei allerdings schon in den Verhandlungen des Jahres 1880 als der Kernpunkt angesehen und angegriffen worden, obgleich wohl kaum zu behaupten sei, daß sich gerade in ihm das Wesen der Regierungsvorlage am prägnantesten ausdrücke. Der schwerste Vorwurf, welcher dem Artikel gemacht werde, sei der des Eingriffs in das Begnadigungsrecht der Krone. Die Regierung könne am wenigsten diesen Vorwurf gelten lassen. Um zu einer gedeihlichen Entwickelung des Friedens zu gelangen, halte die Regierung den Artikel für erforderlich. Das Begnadigungsrecht des Monarchen sei aber so absolut nicht, daß es alle Folgen der Rechtsprechung aufheben könne, oder daß es nicht nach einzelnen Richtungen hin gesetzlich beschränkt wäre. So vermöge das Begnadigungsrecht nicht, erlittene Strafen zu beseitigen; so schließe schon das Allgemeine Landrecht bei strafrichterlicher Aberkennung des Adels die Wiederverleihung desselben im Gnadenwege durch den Monarchen aus; so könnten verfassungsmäßig Minister, welche wegen ihrer Amtshandlungen verurtheilt seien, nur auf Antrag der anklagenden Kammer begnadigt, und es könnten eingeleitete Untersuchungen nur auf Grund eines speziellen Gesetzes niedergeschlagen werden. Aber auch der Einwand sei nicht zutreffend, daß durch den Artikel 2 die Gesetzgebung die ihr staatsrechtlich gezogenen Schranken überschreite. Es sei daher mindestens Gebot der Vorsicht, eine dem Artikel 3 entsprechende Bestimmung in das Gesetz aufzunehmen. Die Möglichkeit müsse anerkannt werden, daß die Gerichte in die Lage kommen könnten, über die Legitimation eines Bischofs in vermögensrechtlichen Fragen der bischöflichen Verwaltung, z. B. in Grundbuch-Angelegenheiten, zu entscheiden; dadurch würde Anlaß zu unliebsamen Komplikationen gegeben. Die ursprüngliche Fassung der Regierungsvorlage sei besser, als die des Abgeordnetenhauses, letztere hänge demselben Gedanken eigentlich nur ein anderes Kleid um. Es sei zu bedauern, daß das Wort „früheren" vor „Diözese" gestrichen sei, doch eröffne sich, wenn diese Streichung durch das Herrenhaus beanstandet werde, eine weite Perspektive von Schwierigkeiten für das Zustandekommen des Gesetzes. Obgleich er sonach die Fassung des Abgeordnetenhauses formell und materiell nichts weniger als eine Verbesserung der Regierungsvorlage halte, empfehle er dennoch die Annahme des Artikels, wie er aus dem Abgeordnetenhause herübergekommen sei; denn die Differenz sei schließlich doch eine mehr doktrinäre als praktisch wirksame."

— Nachdem schon das offiziöse päpstliche „Journal de Rome" vor einigen Tagen einen boshaften Artikel über die neue preußische Gesandtschaft beim Vatikan resp. über Herrn v. Schlözers persönliches Auftreten gebracht, geht die offiziöse „Voce della Verita", das Hauptorgan der Jesuiten, heute mit einem gleich impertinenten Leitartikel ins Zeug, der ebenso beleidigend für Preußen wie für Italien ist. Ein Telegramm des „B. T." seitens ihres römischen Korrespondenten resumirt den Artikel wie folgt:

Zuerst wird behauptet, die Wiedererrichtung der Gesandtschaft sei, wie auch der Abg. Virchow im preußischen Landtage richtig herausgefühlt habe, eine absichtliche Beleidigung Italiens. Es liege darin ferner ein Triumph der Kirche und des Papstthums, dessen moralische Macht dem Fürsten Bismarck gezwungen habe, den preußischen Staat dem armen und angeblich machtlosen Greise im Vatikan wieder näher zu bringen. Drittens aber liege in der Wiederherstellung der preußischen Gesandtschaft ein Sieg über die Freimaurer, deren Existenz durch Preußens Bündniß mit dem Papste bedroht sei, welche jedoch mit Recht versichern, Niemand könne des heutigen Italiens Freund sein, ohne gleichzeitig der Feind des Papstes zu sein. Deshalb sei die Wiederherstellung der preußischen Gesandtschaft ein hochwichtiges Ereigniß, weil die offizielle Vertretung des protestantischen Preußens am heiligen Apostelgrabe eine thatsächliche Beschimpfung des papstfeindlichen Italiens sei. Der Artikel schließt, indem er seine Freude ausdrückt über Preußens Beispiel, insofern darin eine Aufforderung an andere Fürsten liege, gleichfalls ein Bündniß mit dem Vatikan anzustreben in dem Kampfe gegen den revolutionären heutigen Geist und gegen die Anarchie.

Solche Willkommgrüße bietet die vatikanische inspirirte Presse Herrn v. Schlözer wenige Stunden nach Ueberreichung seiner Akkreditive. — Der „Rassegna" versichert, hochstehende Prälaten hätten dem Papste gerathen, Herrn v. Schlözer zu beschwichtigen wegen der hier bekannt gewordenen Umtriebe des Pariser Nuntius Czacky und Gambetta's bezüglich des polnischen Episkopats.

— Die Anwesenheit des Fürsten Orlow — bekanntlich ein Vertrauensmann sowohl des Zaren, als der höchsten hiesigen Kreise — hat zu Erörterungen über die Lage in Rußland Anlaß gegeben, aus denen manche interessante und wohlverbürgte Einzelheit verlautet. Es ist als sicher zu betrachten, daß der russische Kaiser sich in höchster Entrüstung über die sein Reich kompromittirenden Exzesse gegen die Juden befindet — er soll die Aeußerung gethan haben, man glaube im 12. Jahrhundert zu leben —, daß er von dem Grafen Ignatjew energisch die Verhütung weiterer Ausbrüche verlangt hat. Die Stellung Ignatjew's wird wiederholt als ernstlich erschüttert bezeichnet; in Petersburg glaubt man auch in offiziellen Kreisen an seinen Sturz binnen einigen Wochen, doch wird diese Ansicht nur mit Vorsicht aufzunehmen sein. Wie die Anwesenheit des Großfürsten Wladimir, der übrigens selbst gelegentlich bemerkt haben soll, daß er den Zaren nur selten sehe, so hat auch die des Fürsten Orlow die Ueberzeugung verstärkt, daß kein in verantwortlicher Stellung befindlicher russischer Staatsmann für die nächsten Jahre einen Krieg Rußlands gegen eine europäische Großmacht für möglich hält. Ueber die Krönung des Zaren ist bis jetzt, trotz aller von Zeit zu Zeit verbreiteten Nachrichten, noch nichts bestimmt, und unter den jetzigen Verhältnissen soll kaum daran zu denken sein, daß sie stattfindet.

— Der am nächsten Mittwoch in den alten Landestheilen des preußischen Staates zu feiernde Buß- und Bettag erinnert daran, daß die seit über einem Jahrzehnt schwebenden Verhandlungen zur Einsetzung eines in allen evangelischen Staaten und Landestheilen an einem Tag zu begehenden Bußtages noch immer zu keinem Ergebniß geführt haben. Zur Zeit werden aber im preußischen Staatsgebiete allein vier verschiedene Bußtage gefeiert und während in einer Provinz Feiertag ist, ist in der anderen ganz nahe benachbarten Wochentag. Diese Verschiedenheit hat auch insofern Einfluß auf den geschäftlichen Verkehr, als beispielsweise die Postanstalten nächsten Mittwoch in den alten Landen von 9 bis 11 Uhr Vor- und von 2 bis 4 Uhr Nachmittags feiern und vom Nachmittag an der Bestellungsdienst ruht. In kirchlichen Kreisen hat man es längst für unangemessen erklärt, gerade zwischen Ostern und Pfingsten den Bußtag zu feiern. Die Feier des Tages am Mittwoch nach Jubilate rührt aber daher, daß, als vor 107 Jahren unter der Regierung Friedrichs des Großen von vier Bußtagen drei aufgehoben wurden, auch die Feier des Himmelfahrtstages in Wegfall kam, man den Bußtag für den Tag, an dem er heute noch begangen wird, bestehen ließ. Die Feier des Himmelfahrtsfestes wurde 1788 wieder eingeführt.

— Die Fraktion der Fortschrittspartei im Reichstag hat sich bereits über die geschäftliche Behandlung der Tabakmonopolvorlage geeinigt. Sie wird jeder Kommissionsberathung entgegentreten und sofortige Plenarberathung beantragen. Ferner hat sich die Fraktion dahin schlüssig gemacht, ein Gesetz zu beantragen, durch welches unschuldig Verurtheilten eine Entschädigung von Staatswegen zugesprochen wird.

— Im nordwestlichen Kohlenbecken Böhmens, in der Umgebung von Teplitz, Karbitz, Dux und Brüx ist seit einigen Tagen ein großartiger Strike der Kohlenwerks-Arbeiter im Zuge. Aus Teplitz, 27. April, wird der „N. Fr. Pr." über diese Vorgänge telegraphirt:

„Die heute Nachmittag stattgehabte Versammlung sämmtlicher Bergwerksbesitzer, welcher Bankier Perutz präsidirte, hat einstimmig beschlossen, die Uebermittlung der Forderungen der Arbeiter abzuwarten und die Erwiderung sodann an die Behörde abzugeben; ferner wurden drei Mitglieder gewählt, deren Aufgabe es sein soll, die behördlichen Aufträge entgegenzunehmen. In Erwägung, daß der gegenwärtige Strike dem Kohlenabsatz bereits einen Nachtheil zugefügt hat, der sich im Verlaufe des Strike steigern wird, in Folge dessen die Werke nicht mehr die Zahl der früher beschäftigten Arbeiter werden verwenden können, wurde der Wunsch ausgesprochen, die politischen Behörden mögen jetzt Vorsorge treffen, die arbeitslosen Individuen abzuschieben. Weiters wird, nachdem zahlreiche Vergewaltigungen vorgekommen, um militärischen Schutz zur Sicherheit des Eigenthums und der Person angesucht.

Von den Hartmann-Schächten in Ladowitz wird telegraphirt: „Es sind 300 fremde Arbeiter, in der Absicht, eine sofortige Arbeitseinstellung zu erzwingen, angekommen. Weiber bewarfen unsere Arbeiter im Tagbau mit Steinen, und sind Letztere aus Furcht ausgefahren." Für morgen wurde Militär-Assistenz angesucht, da die Leute drohten, Alles anzuwenden, um die Arbeit zu verhindern. Der Kohlen-Industrieverein in Schwatz erstattete die Anzeige, daß, um die Lieferung für die Pilsen-Priesener Bahn einzuhalten, Unternehmer aufgenommen werden. Gegen 10 Uhr Vormittags erschienen 100 Mann und stellten an die Werksleitung das Begehren, die Förderung einzustellen, widrigenfalls sie Gewalt gebrauchen müßten. Auch von der Emaran-Zeche in Bilin, dem König Albrecht-Schachte in Prohn, sowie von den Kohlenbergwerken in Mariaschein werden Vergewaltigungen gemeldet."

Aus Theresienstadt und aus anderen Garnisonsorten sind zeither stärkere Truppen-Abtheilungen nach dem Schauplatz des Strike beordert worden.

— Zu den Judenhetzen und Greuelthaten in Podolien schreibt man der „Tribüne" unter dem 25. d.:

„Die privaten Untersuchungen, welche mit Vorwissen des Monarchen von einzelnen hochgestellten Persönlichkeiten angestellt worden sind, haben übereinstimmend ergeben, daß auf den um Balta bis in einer Entfernung von sechs Stunden liegenden Dörfern schon am 9. und 10. d. Mts. die Polizeidiener die bevorstehende Ausweisung der Juden angekündigt und gesagt haben, man fürchte nur, daß die Juden wegen ihrer großen Anzahl dem kaiserlichen Befehl sich widersetzen würden, der nur in der Absicht erlassen sei, daß endlich die armen Bauern in den Besitz des ihnen gebührenden Bodens kämen. Die Bauer glaubten an den Befehl und leisteten ihrer Meinung nach dem Zaren Hülfe, indem sie schaarenweise nach Balta zogen, wo ihnen der Polizeimeister der Stadt die sämmtlichen Judenhäuser bezeichnete und seine bewaffnete Macht in sein eigenes Haus befahl, damit nur Niemand den Pöbel hindere. Der Gouverneur von Kamienice hat nichts von den Vorgängen gewußt, dagegen sind mehrere reitende Boten aus Balta vor der Stadt von Soldaten wieder zurückgetrieben und ihrer Pferde beraubt worden, so daß man, im Hinblick ferner auf die Unthätigkeit des Militärs, bestimmt annehmen muß, die Hetze sei von hier aus, über den Kopf des Gouverneurs hinweg, direkt gegen die lokalen Obrigkeiten und im Einklang mit dem als Altrussen bekannten Regimentskommandeur eingeleitet worden. Die Polizei hat es dem Staatsrath Falinsky verweigert, einzuschreiten, und ein Beamter hat dem Staatsrath sogar den wohlmeinenden Rath gegeben, sich um nichts zu kümmern, denn sonst könne man ihm das in Petersburg sehr übel vermerken. Die Juden aus Volhynien und Podolien kämen zuerst an die Reihe; wenn sie hinaus seien, werde man sie vom Innern her nachschieben, bis der Letzte fort sei. Der Friedensrichter hat den Verfolgten beistehen wollen und ließ in die Dörfer senden, um Wagen für die Fortschaffung der in den Gassen Zusammengetriebenen, die Bauern aber kamen mit den Gefährten und beluden dieselben einfach mit den Werthstücken der Juden, um sie für sich mitzunehmen. Die Verwüstung erreichte erst den Gipfel, als die Truppen kamen und mehrere stehende Weiber zu Boden schlugen; als der Pöbel das sah, stürzte er den Soldaten mit Schnapsflaschen entgegen und zeigte denselben die Schenken und Läden, die nun total ausgeräumt wurden. So mag es kommen, daß mehrere Weiber durch Säbelstiche getödtet und (durch dieselbe Waffe) einige vierzig Verwundungen konstatirt wurden. Der Telegraph wurde im Orte selbst gleich abgeschnitten, der Poststall war zum Schutz polizeilich besetzt. Nur das Anzünden verhinderten die Soldaten, aber sie duldeten die Zertrümmerung alles Holzwerks und das Einstoßen der Lehmmauern aller Judenhäuser. Die Truppen waren von der Polizei herberufen worden (sehr wahrscheinlich nach Verabredung); mit der Motivirung, es sei thätiger Widerstand der Juden gegen einen Ausweisungsbefehl zu erwarten. Einzelne Vorgänge sind so überaus viehischer Natur, daß sie sich absolut nicht wiedergeben lassen, dagegen sind die anfangs gemeldeten Zahlen der Massakrirten zu hoch, vielmehr scheint es sich wirklich nur um die Vertreibung der Juden und die Wegnahme ihres Eigenthums zu handeln. Die Auswanderung wird auch nicht gehindert, wenngleich in Charkow ein Gerücht verbreitet wird, die Juden würden, wie Ignatiew s. Z. in einer Audienz sich äußerte, nach den reservirten Gegenden am Altai gebracht werden."

— Der Petersburger Korrespondent des „B. T." schreibt, daß unterrichtete Persönlichkeiten dort von einer Botschafterkonferenz Nichts wissen. Nur Nowikow aus Konstantinopel werde erwartet. Herr Vlangalli, welcher auf einer größeren Reise durch Spanien begriffen, telegraphirte, daß er den ihm angetragenen Posten als Gehülfe des Ministers des Auswärtigen annehme und sofort nach Petersburg zurückkehren werde. Die amtliche Ernennung wird täglich erwartet.

Die Uebersiedelung des russischen Hofes nach Peterhof ist nunmehr zwischen dem 1. bis 5. Mai (russisch) festgesetzt. Die Entbindung der Kaiserin wird in der ersten Hälfte des Mai erwartet. Wie verlautet, würde die Taufe spätestens 10 Tage danach erfolgen, und würde die Kaiserin, sobald alsdann ihr Zustand es erlaubt, nach Kopenhagen zum Besuch ihrer Eltern reisen. Für wie lange, ist noch nicht gesagt. Die Nachricht ausländischer Blätter von einer Mine unter der Kreml-Kathedrale wird von kompetenter Seite als unrichtig erklärt. Dagegen wurde, wie von eben der Seite behauptet, unter der neuen Erlöserkirche in Moskau, deren Einweihung zum Sommer anberaumt war, eine sehr gut gearbeitete Mine aufgefunden. Der Minengang dorthin war aus einem Blumenladen (wahrscheinlich dem Kobosewschen) vorgetrieben.

— Die Indianer-Unruhen in Neu-Mexiko scheinen größere Ausdehnung anzunehmen, als man anfangs glaubte. Am Sonntag fanden zwischen den Soldaten und den Indianern Scharmützel statt, bei welchen 7 Soldaten getödtet und 4 verwundet wurden. Die Truppen verfolgten die Indianer, die 300 Mann zählten, doch scheinen diese entkommen zu sein. Bald darauf traf in Newyork die Nachricht ein, daß die Indianer die Stadt Quallelysville in Arizona niedergebrannt und dabei 35 Weiße getödtet haben. Die Unzufriedenheit scheint sich also auf mehrere Stammgruppen zu erstrecken.

Der belgische Konsul in Newyork hat die Auslieferung Leon Bernards verlangt, welcher beschuldigt wird, einem belgischen Erzbischof Staatspapiere, Geld und Geschmeide im Werthe von über 1 Mill. Dollars entwandt zu haben. Dem Auslieferungsantrag ward stattgegeben und die Geheimpolizisten fahnden jetzt auf Bernard, der sich, wie man glaubt, in Newyork aufhält.

— Der vorgestern aus Petersburg hier eintroffene russische Botschafter in Paris, Fürst Orlow, hat sich heute früh zum Reichskanzler nach Friedrichsruhe begeben. Wie der „N.-Z." berichtet wird, ist es nicht unmöglich, daß Fürst Orlow nach seiner Rückkehr sich nach Wiesbaden verfügt, um dort vom Kaiser empfangen zu werden, falls der Aufenthalt Sr. Majestät in Wiesbaden sich verlängert. Andernfalls dürfte der Botschafter Montag früh von Hamburg hier eintreffen und, bevor er seine Rückreise nach Paris antritt, hier eine Audienz beim Kaser haben.

— Der Termin der Rückkehr des Fürsten Bismarck nach Berlin ist noch durchaus unbestimmt. Es ist sehr wahrscheinlich, daß dieselbe sich noch um eine Woche verzögert, besonders da der Reichstag seine Sitzungen bis Freitag unterbrochen hat.

— Wie wir hören, ist über die Rückkehr des Kaisers noch nichts definitiv bestimmt. Wir hatten schon vor der Abreise nach Wiesbaden berichtet, daß Se. Majestät behufs der Frühjahrsbesichtigungen gegen den 2. Mai wieder hier einzutreffen beabsichtigte, während die Aerzte eine Verlängerung des Aufenthaltes in Wiesbaden wünschten, welcher auf das Befinden des Kaisers erfahrungsmäßig stets sehr günstig wirkt. So steht die Sache noch jetzt; es wird angenommen, daß auch die Großherzogin von Baden, welche sich zum Besuch des Kaisers

nach Wiesbaden begeben hat, auf eine Verlängerung des dortigen Aufenthalts um acht Tage hinwirkt. Trotzdem ist es möglich, daß der Kaiser Montag zurückkehrt; von anderer Seite wird uns dies sogar als bestimmt bezeichnet.

— In Bezug auf die Frage wegen Einführung von Postsparkassen, mit deren Lösung, wie das Reichspostamt kürzlich dem landwirthschaftlichen Zentralverein in Königsberg eröffnet hat, man gegenwärtig beschäftigt ist, sei noch Folgendes erwähnt:

Vor mehreren Jahren war die Reichspostverwaltung dem Gedanken einer Verbindung der Postanstalten mit den bestehenden Orts- und Kreissparkassen näher getreten. Allein ihr Versuch, durch die Postanstalten die Vermittelung zwischen dem Publikum und den Sparkassen bei Einzahlung und Auszahlung der Gelder, sowie bei Uebergabe und Abnahme der Sparkassenbücher gegen eine billige Provision zu übernehmen, scheiterte hauptsächlich an der Abneigung der Sparkassen-Verwaltungen, ihre Wirksamkeit auf die Ansammlung geringerer Sparbeträge zu erstrecken. So glaubte die Reichspostverwaltung an ihrem ursprünglichen Projekt der Einführung eines einheitlichen Postsparkassenwesens in Deutschland festhalten zu müssen und knüpfte diesbezügliche Verhandlungen mit der Reichsfinanzverwaltung an. Letztere erhob jedoch, wie in dem seitens des Generalpostmeisters im Jahre 1879 dem Kaiser erstatteten Berichte über die Verwaltungsergebnisse der Jahre 1876, 1877 und 1878 gesagt ist, das Bedenken, daß dem Reiche beim Ausbruche kriegerischer Verwickelungen aus einem allgemeinen Andrange nach Rückforderung der Spareinlagen finanzielle Schwierigkeiten erwachsen könnten, die Reichspostverwaltung wies dann mit Recht darauf hin, daß sich diesem Bedenken durch Ansammlung eines Reservebestandes, sowie durch theilweise Anlegung der Spargelder in leicht verwerthbare Inhaberpapiere begegnen lassen werde. Vielleicht würden die Verhandlungen längst zu einem befriedigenden Abschlusse gekommen sein, wenn nicht inzwischen das Arbeiterversicherungsprojekt entstanden wäre, welchem die Postsparkassen eine nicht unerhebliche Konkurrenz bereiten könnten.

Ausland.

Wien 29. April. Auch an heiteren Episoden fehlt es im Ringtheaterprozeß nicht. Eine gelungene Figur machte beim gestrigen Verhör der Theaterfriseur Kreischy, der pathetisch erzählte, er habe, als der Feuerruf erschallte, nach Scheere und Brenneisen gegriffen und laut ausgerufen: „Mir nach!" Er wollte nämlich durch das Fenster springen.

Präsident: Warum haben Sie das nicht gethan?

Zeuge: Weil ich Angst hatte. (Heiterkeit.)

Zeuge Czihak, Obergarderobier, hatte die Statisten bezüglich der Uniformität und Propretät ihrer Kostüme zu überwachen.

Präsident: Was bemerkten Sie am 8. Dezember?

Zeuge: Ich sah, daß einem Statisten die Strümpfe aus den Hosen herabhingen. (Große Heiterkeit.)

Erwähnenswerth ist noch, daß der Präsident von einem anonymen Schreiben Mittheilung machte, das ihm zugekommen und in welchem erzählt wird, es gehe unter der Feuerwehrmannschaft das Gerücht, Jeder, der in diesem Prozesse gegen die Feuerwehr aussage, werde disziplinarisch bestraft.

Einen scharfen Kontrast gegen die heiteren Momente der heutigen Verhandlung bildete die Aussage des Zeugen Obermayer, Theatertischlers, welcher entschieden behauptete und trotz aller Kreuzfragen mehrerer Vertheidiger aufrecht hielt, daß in der Restauration, welche in der ersten Etage des Ringtheaters sich befand, lange nach Ausbruch des Brandes noch Licht brannte und dort Viele hätten gerettet werden können. Der Zeuge wollte dahin, um den Leuten den Weg zu zeigen und überhaupt zu retten, aber die Polizei wies ihn barsch zurück, indem sie ihm nicht glaubte, daß er zum Theaterpersonal gehöre, da solches jeder sagen könne.

Provinzielles

Stettin, 30. April. Herr L e h r k a m p, Verleger und Redakteur des „Pöllitzer Wochenblattes", erläßt in diesem Leiborgan des Herrn Andrae eine nachgerade nicht mehr ungewohnte Schimpferei, die wohl eine Erwiderung auf unseren Artikel sein soll. Leider hat aber der geehrte Herr mit seinem Artikel noch etwas mehr als gewöhnliches Pech. Erstens ergeht er sich diesmal fast nur in Retourkutschen und stellt sich damit selbst ein Armuthszeugniß seines Geistes aus, sodann läßt er unsere Artikel von Herrn Graßmann sen. geschrieben sein und blitzt und donnert mit Persönlichkeiten gegen diesen. Da aber in unserem Artikel auch nicht eine Silbe von Herrn R. Graßmann geschrieben, so spricht Herr Lehrkamp nur in den Wind, wozu derselbe bei den wenig zahlreichen Abonnenten und den noch nicht drei Dutzend Inserten, die sein Blatt diesmal bringt, ja jedenfalls auch Zeit genug hat. Sodann bestreitet er drittens, sein Korrespondent sei ein hiesiger Regierungsbeamter und überhaupt, „so viel Herr Lehrkamp weiß", nicht ein Beamter. Wir halten dem gegenüber unsere Nachricht einfach aufrecht. Richtig ist nur, daß Herr Lehrkamp n i c h t s w e i ß, oder doch nur die z w e i t e Hand kennt, durch welche diese Korrespondenzen an ihn besorgt werden. Endlich protestirt Herr Lehrkamp dagegen, daß er hinreichend klug gewesen, den letzten Theil jener ihm und der „Pommerschen Volkszeitung" zugeschickten Korrespondenz selbst zu streichen. Wir beeilen uns daher, seinem Wunsche zu entsprechen und bescheinigen ihm daher hiermit unser Bedauern, Herrn Lehrkamp einen Augenblick für klüger gehalten zu haben, als er in Wirklichkeit ist.

— S p a z i e r g a n g s - V a n d a l e n — so nennt das „Neue Wiener Tageblatt" mit Recht eine Gattung von Leuten, die man überall antrifft und die mitten im aufknospendem Frühling besonders verwarnt zu werden verdienen. Es giebt nämlich viele Leute, die nicht ruhig ihres Weges ziehen können. Sie müssen mit ihren Spazierstöcken jeden Gitterstab insultiren, um eine barbarische Musik hervorzurufen; sie können es nicht unterlassen, mit ihren Fingern an frischgestrichene Ladenthüren zu tippen und jeden Strauch und jeden Halm durch die Hand gleiten zu lassen, um ihn ein wenig zu zerknittern und zu zerpflücken. Am meisten ist natürlich das bischen Natur, das eine Großstadt noch aufzuweisen hat, diesem verderblichen Treiben preisgegeben. Gedankenlosigkeit und Lieblosigkeit reichen sich da die Hände. Weil „das liebe Kleine" die Aermchen nach irgend einem Zweige ausstreckt, wird ein ganzer Ast niedergebrochen, um den „unschuldigen Wunsch" zu erfüllen; Strauchwerk, das am Wege steht, wird unbarmherzig des ersten sprossenden Schmuckes beraubt, und kaum entwickelte Blüthen werden abgestreift und zwischen den Fingern zerrieben. Freilich, wo gut aufgepaßt wird, kann dieser Unfug nicht zu sehr einreißen, aber wehe jenen öffentlichen Anlagen, die sich keiner besonderen Beaufsichtigung erfreuen. Die Tafel, die meistens in schon verwaschener Schrift „diese Anlagen dem Schutze des Publiums empfiehlt", wird von einzelnen Zerstörungslustigen durchaus nicht beachtet; etwas mehr Pietät vor der Natur ist eine dringende Forderung, die wir in der Frühjahrszeit doppelt lebhaft in die Erinnerung bringen möchten.

— Das Ensemble der Oper unseres Stadttheaters giebt bekanntlich gegenwärtig im Stadttheater zu Bromberg bis inkl. 22. Mai Gastspiele und haben sich dieselben sowohl beim Publikum wie bei der Presse der andauernd günstigsten Aufnahme zu erfreuen. Herr Direktor S c h i r m e r scheint somit in Bromberg bessere Geschäfte zu machen als Herr Direktor F r i t z s c h e gegenwärtig hier. Allerdings kann sich des letzteren Gesellschaft an Leistungsfähigkeit auch nicht mit unserer Operntruppe messen. Wie wir hören, hat Herr Direktor Fritzsche bei seinen 8 Gastvorstellungen über 3000 Mark zugesetzt.

— Im Dezember 1880 erhielt der Vollziehungsbeamte Fischer den Auftrag, in einer Klagesache von dem Bauunternehmer Lebin in Bredow einen Kostenbetrag von 5 Mark mittelst Zwangsvollstreckung zu erheben; er begab sich am 16. Dezember in die angebliche Wohnung des L., Martinstraße 4, traf daselbst aber nur die Schwägerin des L., die verehel. Maurer L e b i n geb. Winter und deren Schwester die verehel. Maurer S c h m i d t geb. Winter anwesend. Diese erklärten dem Beamten, daß der gesuchte Bauunternehmer L. nicht mehr dort wohne. Fischer legte den Worten der beiden Frauen jedoch keinen Glauben bei und da dieselben den gewünschten Betrag von 5 Mark nicht zahlen wollten, versuchte er zur Pfändung zu schreiten. Die beiden Frauen setzten jedoch energischen Widerstand entgegen und es kam schließlich zu einer Prügelei, bei der Frau L. den F. in den Finger biß, während F. einer der Frauen Haare ausraufte. Die Folge davon war, daß sich die beiden Frauen am 25. Oktober v. J. vor dem Schöffengericht wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung zu verantworten hatten und wurden auch Beide verurtheilt. Gegen dieses Erkenntniß hatten die Verurtheilten rechtzeitig Berufung eingelegt und stand am 22. d. M. vor der Strafkammer des Landgerichts als Berufungs-Instanz Termin an, das Urtheil wurde jedoch erst in der gestrigen Sitzung desselben Gerichtshofes gefällt und zwar wurde das erstrichterliche Erkenntniß aufgehoben und beide Angeklagten freigesprochen. Der Gerichtshof nahm an, daß ein Widerstand nicht vorlag, da sich Fischer nicht in der rechtmäßigen Ausübung seines Amtes befand; denn in dem Augenblick, als ihm die Angeklagten sagten, daß der Gesuchte, Lebin, ausgezogen sei, hörte auch seine Amtsbefugniß auf. Die Angeklagten hatten nur Widerstand geleistet, um die Pfändung zu hintertreiben und dazu waren sie berechtigt, weil die Pfändung gesetzlich nicht zulässig war. Der ganze Streit wäre unterblieben, wenn F. nicht ordnungswidrig gehandelt hätte, indem er zu seiner Amtshandlung keine Zeugen zuzog. Eine Körperverletzung läge aber auch nicht vor, da die Mißhandlungen auf der Stelle erwidert wurden und sich dadurch ausgleichen

— Für die russischen Juden sind bis jetzt an der Berliner Börse zirka 100,000 Mark gezeichnet worden.

— Der Post-Dampfer „Titania" ist mit 7 Passagieren in Stettin von Kopenhagen am Donnerstag früh eingetroffen und mit 18 Passagieren am Sonnabend Mittags nach Kopenhagen zurückgegangen.

— Die bei den hiesigen königl. Eisenbahn-Betriebsämtern: Stettin-Stralsund und Berlin-Stettin beschäftigten außeretatsmäßigen Büreaubeamten: Rauter, Bagemihl II., Fromm, Hoppe, Westphal und Klebe, Rauch, Knaack, Streich, Voigt, Thoms sind unter Verleihung einer etatsmäßigen Stelle vom 20. d. Mts. ab zu Betriebs-Sekretären ernannt.

— Aus der Posamentier-Bude der Wittwe G o l l i e wurden während der Markttage verschiedene Strümpfe im Werthe von 18 Mk. gestohlen.

— Aus einer mittelst Nachschlüssel geöffneten Bodenkammer des Hauses Parnitzstraße 39—40 wurden verschiedene Kleidungsstücke im Werthe von 60 Mk. gestohlen.

— Gestern Nachmittag 4 Uhr fand die Beerdigung des General-Major z. D. G a e d e statt. Auffällig mußte es erscheinen, daß dieser hohe Militär (der Verstorbene war zuletzt Kommandeur der 5. Artillerie-Brigade) ohne die üblichen äußeren militärischen Ehren zur letzten Ruhe geleitet wurde; weder eröffnete Trauermusik den Kondukt, noch wurden über dem Grabe Ehrensalven abgegeben. Der Verblichene hatte noch vor seinem Hinscheiden den dringlichen Wunsch geäußert, in aller Stille zu Grabe gebracht zu werden. Daß zahlreiche Offiziere dem Leichenzuge folgten, bedarf bei der hervorragenden Stellung des Dahingeschiedenen keiner besonderen Erwähnung. Er war Ritter des eisernen Kreuzes I. Klasse, das ihm in Folge seiner großen Verdienste um die Siege bei Weißenburg und Wörth verliehen war. Herr Divisionspfarrer, jetziger Superintendent G e h r k e hielt im Trauerhause, Grabowerstraße 18, eine tief ergreifende Leichenrede, darauf setzte sich der Kondukt nach dem neuen Militärkirchhof in Bewegung. Die zahlreichen Orden des Verstorbenen trug der Hauptmann R i s t o w vom 2. Pomm. Feld-Art.-Reg. Nr. 17, von demselben Regiment schritten auch 20 Unteroffiziere zur Seite des Sarges, die diesen auch in die Gruft senkten. — Die Thaten des Verstorben haben demselben ein bleibendes Gedenken gesichert.

— An der Präparandenanstalt zu Massow ist der zweite Lehrer Louis S c h r a n k zum Vorsteher und ersten Lehrer befördert.

— Dem Pastor B a u e r zu Symbow im Kreise Schlawe ist der Rothe Adler-Orden vierter Klasse verliehen.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. S t a d t t h e a t e r: „Das Spitzentuch der Königin." Operette in 3 Akten.

S u p p é ist momentan der fruchtbarste Operetten-Komponist, eine Art internationaler Operetten-König. Frankreich zeichnet ihn durch Verleihung des Kreuzes der Ehrenlegion aus, in Brüssel wird Anfangs Mai sein Boccaccio zum hundertsten Male gegeben und Suppé ist eingeladen, der solennen Feier beizuwohnen, die aus diesem Anlaß stattfindet. Von Brüssel reist er ebenfalls auf dringende Einladung nach Paris. Sein „Boccaccio" wird nun übrigens auch in London täglich vor ausverkauften Häusern gegeben.

* * *

Man muß zum Glück nicht b l o ß Operetten schreiben, wenn man gefeiert sein will, auch mit ernsthafteren und werthvolleren Werken kann man sich die Anerkennung der Mitwelt erwerben — wenn man hübsch alt und gebrechlich genug ist. Das jubiläumslustige Wien ließ es sich z. B nicht nehmen, am 26. d. M. Flotow anläßlich seines siebzigsten Geburtstages zu feiern. F r i e d r i c h v o n F l o t o w, der Komponist der populären „Martha" und ungezählter anderer lebensfroher Spielopern, ist der Einladung der Wiener Hofopern-Direktion trotz seiner Kränklichkeit nachgekommen und in Wien eingetroffen, um der Aufführung seiner „Martha", die zur Feier seines 70. Geburtstages gegeben wurde, persönlich beizuwohnen. Er fand sich zur Theaterprobe auf der Bühne ein und es gab ihm zu Ehren eine herzliche Ovation. Direktor Jahn stellte ihn dem versammelten Personal kurz und bündig mit den Worten: „Herr von Flotow" vor und darauf folgte ein Beifallssturm von Seite des Chores und Orchesters, der den alten Herrn mit dem schneeweißen, ehrwürdigen Vollbarte und Haupthaare sichtlich rührte. Zahlreiche Striche der „Martha" sind festlich geöffnet worden. Der Aufführung folgte ein Bankett. Man wird dem greisen Komponisten die Ovationen gönnen, auch wenn man von einer Ueberschätzung seiner Werke weit entfernt ist.

Vermischtes.

B e r l i n. Auf entsetzliche Weise machte heute früh 5 Uhr die Frau des in der Steinmetzstraße wohnhaften Boten B. den Versuch, ihrem Leben ein gewaltsames Ende zu bereiten. Die Frau, an der schon seit einiger Zeit Anzeichen von Geistesgestörtheit wahrnehmbar waren, begab sich heut früh, während ihr Mann und ihre fünf Kinder noch schliefen, aus dem gemeinsamen Schlafzimmer in die Küche, ergriff dort eine Flasche mit Petroleum und goß sich den ganzen Inhalt über den Kopf, so daß die Haare und die wenigen Kleidungsstücke vollständig mit der leicht brennenden Flüssigkeit getränkt wurden, sodann entzündete sie ein Streichholz und setzte damit ihre Kleidung in Brand. Beim Erwachen des Mannes stand die Frau, am ganzen Körper lichterloh brennend, mitten im Zimmer. Dem Manne und einigen auf seine Hilferufe herbeieilenden Nachbarn gelang es zwar, die Flammen durch aufgeworfene Decken und Betten zu ersticken, jedoch hatte die Frau bereits derartige Brandwunden davongetragen, daß auf ärztliche Anordnung ihre Ueberführung in die Charitee sofort erfolgen mußte. Nach ärztlichem Dafürhalten ist fast jede Hoffnung ausgeschlossen, die in bewußtlosem Zustande in das genannte Krankenhaus eingelieferte Patientin am Leben zu erhalten.

— Das Berliner „Verbrecher-Album" ist im Jahre 1881 um 580 photographische Aufnahmen vermehrt worden, und zwar um die Photographien von 190 Einbrechern, 34 Taschendieben, 8 Ladendieben, 80 Schlafstellendieben, 20 Bauernfängern, 8 Paletotdieben, 40 Betrügern und Fälschern, 58 Dirnen und 142 verschiedenen anderen Verbrechern. Im Ganzen hatte das Album ultimo 1881 einen Bestand von 2715 Photogrammen. — Mit Hülfe des Albums wurden rekognoszirt im Jahre 1881 39 Einbrecher, 9 Taschendiebe, 3 Ladendiebe, 54 andere Diebe und Diebinnen, 20 Bauernfänger, 34 Betrüger, 8 Paletotdiebe, 6 Legitimationslose und 5 Dirnen, im Ganzen 178 Personen. Von auswärtigen Behörden gingen 157 Requisitionen mit Photographien ein, aus denen in mehreren Fällen die Vorstrafen und Personalien der Betreffenden festgestellt wurden. — Das geschädigte Publikum machte auch im verflossenen Jahre durch Einsichtnahme in das Verbrecher-Album von demselben den ausgedehntesten Gebrauch; fast täglich erschienen im Kriminalkommissariat Personen, denen die Albums vorgelegt worden sind.

Telegraphische Depeschen.

Wiesbaden, 29. April. Se. Majestät der Kaiser begab sich gestern Nachmittag nach dem Bahnhofe zum Empfange Ihrer königlichen Hoheit der Großherzogin von Baden und besuchte Abends mit der Frau Großherzogin das Theater. Zum Diner hatten gestern der Oberpräsident Graf zu Eulenburg, der Prinz Isenburg-Büdingen, die Generale v. d. Knesebeck und von Bauer, Professor Benecke aus Marburg und der Direktor des Hof-Theaters, Adelon, Einladungen erhalten. Heute Vormittag nahm Se. Majestät die gewohnten Vorträge entgegen. — Ihre Majestät die Kaiserin ist heute Mittag per Wagen von hier nach Mainz abgereist und wird sich von dort aus nach Baden begeben.

Straßburg i. E, 29. April. Die bei der Schulreform in Wirksamkeit tretende Medizinalkommission besteht der „Straßburger Post" zufolge aus dem Ministerialrath Wasserfuhr, dem Direktor der inneren Klinik, Geheimrath Kußmaul, dem Professor Hoppe-Seyler, dem Generalarzt Neubauer, dem Direktor der Augenheilanstalt, Professor Laqueur, und dem Direktor der psychiatrischen Klinik, Professor Jolli.

Wien, 29. April. Die „Presse" und das „Fremdenblatt" versichern auf Grund zuverlässigster Informationen, daß Pläne zur Umgestaltung Bosniens und der Herzegowina nach dem System der früheren Militärgrenze von keiner Seite jemals beantragt oder angeregt worden seien.

Prag, 29. April. Nach Meldungen des „Prager Tageblatts" trafen gestern Abend 2 Züge Dragoner in Brüx ein und werden heute 2 weitere Züge erwartet. Die Fabrikanten fürchten für den Betrieb der Fabriken wegen Kohlenmangels. In Brüx besetzten die Dragoner sämmtliche Straßen gegen Dux, um den strikenden Arbeitern die Rückkehr aus Dux unmöglich zu machen. Jäger und Gensdarmerie aus Komotau besetzten die Schächte um Brüx wie „Tschausch", „Guido", „Triebschitz", „Julius" und „Oberleutensdorf". Eine Deputation sämmtlicher Werkbesitzer des Teplitzer Reviers fuhr heute nach Prag zum Statthalter, um demselben die Sachlage darzustellen und energischen Schutz für Person und Eigenthum zu erbitten. Die Lokalbehörden entwickeln die lebhafteste Energie. Teplitz hat augenblicklich eine Besatzung von zehn Zügen Kavallerie und 3 1/2 Kompagnien Infanterie. Die Strikenden haben sich um Tausende feiernder Arbeiter vermehrt. Drei der Hauptagitatoren sind verhaftet worden.

Paris, 29. April. Ueber den bereits gemeldeten Ueberfall einer französischen wissenschaftlichen Expedition wird der „Agence Havas" aus Oran gemeldet: Zwei Kompagnien der Fremdenlegion begleiteten unter dem Kommandanten de Castries eine telgraphische Rekognoszirungs-Abtheilung mit einem Lebensmittel-Transport für zwei Tage. Dieselben wurden bei Tigri von 6000 von ihren Frauen begleiteten Fußgängern und 1800 Reitern angegriffen. Die Kompagnien kämpften heldenmüthig, tödteten mehrere Hundert der Angreifer und behaupteten das Kampffeld, mußten aber, da die Begleitungsmannschaften des Transports geflohen waren, letzteren verlassen. Ihr Verlust besteht in 37 Todten und 30 Verwundeten.

Petersburg, 29. April. Wie die deutsche „St. Petersburger Zeitung" erfährt, sind im Kriegsministerium in diesen Tagen die Details für die im Prinzip beschlossene Erbauung neuer Forts bei Warschau, Kowno und Gonionz (Gouvernement Grodno) ausgearbeitet worden. Die Gesammtkosten sind auf 60 Mill. veranschlagt; die Arbeiten sollen in 10 Jahren beendigt sein. In diesem Jahre sollen die Forts bei Warschau in Angriff genommen werden. 6 Werst von Warschau auf dem linken Ufer der Weichsel werden 7 Forts, auf eine Strecke von 27 Werst vertheilt, angelegt. Jede Befestigung erhält eine Länge von 250 Faden Von dieser Befestigungslinie 2 Werst entfernt werden 4 Forts von größeren Dimensionen ausgeführt werden. Zur Ausführung dieser Arbeiten sind für das laufende Jahr zunächst 10 Millionen Rubel assignirt.

Petersburg, 29. April. Der „Regierungs-Anzeiger" veröffentlicht einen kaiserlichen Befehl, betreffend die Verhängung des Zustandes des verstärkten Schutzes über das Militärgouvernement Nicolajew und die Stadthauptmannschaft Sewastopol und die Unterstellung derselben unter den zeitweiligen Generalgouverneur von Odessa.

Madrid, 28. April. Die Deputirtenkammer hat den Gesetzentwurf über die Konvertirung der spanischen Schuld angenommen.

London, 29. April. Graf Spencer hat den durch den Rücktritt Cowper's erledigten Posten des Vizekönigs von Irland übernommen, wird aber seinen Sitz im Kabinet beibehalten. Nach in Dublin verbreiteten Gerüchten würde die erste Amtshandlung Spencer's die Befreiung der wegen Verdachtes Verhafteten sein. Das Kabinet wird heute eine Sitzung halten, um sich darüber schlüssig zu machen, ob Parnell und Genossen auf freien Fuß gesetzt werden sollen, oder nicht.